

Costa Rica vor den Wahlen: Präsidentschafts-, Parlaments- und Stadtratswahlen am 5. Februar 2006

Am 5. Februar 2006 sind rd. 2,5 Millionen der etwa 4 Millionen Bürger des Landes aufgerufen, neben dem Präsidenten und zwei Vize-Präsidenten 57 Abgeordnete des nationalen Parlaments sowie 501 Stadträte für die Wahlperiode 2006 – 2010 zu wählen.

Das Stimmrecht für Frauen wurde im Jahre 1950 eingeführt, heute sind 50 % der Stimmberechtigten Frauen. Der älteste Wähler ist 112 Jahre alt, rd. 12 % der Stimmbürger nehmen zum ersten Mal an den Wahlen teil. Nach den jüngsten Meinungsumfragen dürfte die Wahlbeteiligung zwischen 60 und 70 % liegen und damit niedriger als bei den letzten Wahlen 2002 sein. Eine erste Hochrechnung wird durch das Oberste Wahlgericht (TSE) auf der Basis von 25 % der rd. 2.000 Wahlzentren noch am Wahlabend gegen 20.00 Uhr erwartet. Die Wahllokale schließen um 18.00 Uhr.

14 Parteien haben einen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und insgesamt 29 Parteien (2002 waren es noch 15) die Formalitäten zur Teilnahme an den Parlamentswahlen erfüllt. Weitere 22 Parteien (2002 waren es 21) bewerben sich um einen Stadtratssitz. Wie in einem politischen Regenbogen gehen ihre Vorstellungen von der traditionellen Linken bis hin zu den Vertretern neoliberaler Vorstellungen sowie speziellen Interessenvertretungen wie z.B. von Homosexuellen (immerhin geschätzte 250.000 Wähler) oder Feministinnen. Von besonderer repräsentativer politischer Bedeutung sind allerdings entsprechend der bisherigen Umfragen lediglich sechs Parteien. Der Mitte-Rechts-Kandidat und ehemalige Präsident (1986 – 1990) und Friedensnobelpreisträger Oscar Arias von der sozialdemokratischen Partei PLN (Partei der Nationalen Befreiung) erscheint bereits seit Monaten als virtueller Sieger in den Umfragen für die Präsidentschaft (je nach Umfrageinstitut erhält er zwischen 42 % und 48 %), wie auch seine Partei als Wahlgewinner feststehen dürfte. Ein hoher Prozentsatz an Wählern (zwischen 30 und 40 %) hat sich noch für keine Partei oder Kandidaten entschieden oder wird nicht zur Wahl gehen. Das kann dazu führen, daß u.U. noch in den Wahlkabinen die politischen Weichen des Landes für die nächsten vier Jahre anders als in den bisherigen Umfragen vermutet gestellt werden.

Weiter hinter Oscar Arias erscheinen in den Umfragen zwei politische Optionen, die durch das Auseinanderfallen des historischen Zweiparteiensystems entstanden sind: die Partei der Bürgeraktion (Partido Acción Ciudadana – PAC) im Mitte-Links-Spektrum mit ihrem ehemalig sozialdemokratischen Kandidaten Ottón Solís sowie die Partei der Liberalen Bewegung (Partido Movimiento Libertario – PML), costarikanische Version

der liberalen Parteien Europas mit ihrem ehemalig christlich-demokratischen Kandidaten Otto Guevara. Die Erfolgsaussichten dieser beiden Kandidaten hängen entscheidend davon ab, inwieweit eine – nach den bisherigen Umfragen unwahrscheinliche – Stichwahl gelingt, was von den bislang unentschiedenen Wählern abhängt bzw. von der Abnutzung des führenden Kandidaten Oscar Arias und seiner sozialdemokratischen PLN in der letzten Woche vor den Wahlen.

Aktueller politischer und wirtschaftlicher Kontext der Wahlen

Waren die Wahlen früher ein „Volksfest“, gekennzeichnet von beflaggten Häusern und Autos, die hupend durch die Straßen fuhren, sowie fröhliche Massenveranstaltungen, so wird das gegenwärtige politische Wahl-Panorama charakterisiert durch wenig Präsenz der Parteien auf der Straße, von der Politik angeödete Bürger, allgemeinen Pessimismus, programmatische Allgemeinplätze der Parteien (Straßenbau, bessere bürgerliche Sicherheit, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche etc.) und leere Wahlkampfkassen aufgrund der Finanzierungsprobleme der Parteien.

Das politische Umfeld der Wahlen wird weitgehend von Veränderungen im Wählerpotential sowie Krisentendenzen im politischen System bestimmt. Die auch in anderen Ländern zu beobachtende Auflösung des traditionellen Wählermilieus, Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt mit den verbundenen veränderten Lebensentwürfen sowie Auswirkungen der kulturellen Globalisierung bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das Wählerverhalten. Hinzu kommen die Häufung von aufgedeckten Korruptionsfällen, eine entscheidungsschwache Regierung, die keine der drängenden Entwicklungsprobleme des Landes lösen oder zumindest einer Lösung zuführen konnte, ein zersplittertes Parlament, das sich mehr durch politische Verhinderungs- als durch Gestaltungsmacht auszeichnete. Diese Situation ist seit Mitte der 90er Jahre zu beobachten und die politische Agenda der Parteien ist in diesem Zeitraum nahezu gleich geblieben.

Wirtschaftlich hat das Land in den letzten Jahren keine wesentlichen Verbesserungen oder Verschlechterungen erlebt und die Makrodaten sind - vor allem im regionalen Kontext - generell positiv zu bewerten. So bewegen sich die Wachstumsraten im Schnitt zwischen 3 und 4 % jährlich, das Realeinkommen steigt um durchschnittlich 2, 5 bis 3 % und auch das zentrale Haushaltsdefizit liegt mit ca. 3 % in einem zu bewältigenden Bereich. Schattenseiten stellen die im lateinamerikanischen Kontext hohe Inflationsrate (2005 rd. 14 %) sowie die sich als resistent erweisende Armut (rd. 21% der Bevölkerung) und Arbeitslosigkeit (rd. 15 %) dar.

Traditionelles Zwei-Parteien-System in der Auflösung ?

Das politische System Costa Ricas hat präsidentiellen Charakter. Der Präsident ist gleichzeitig Staats- und Regierungschef. Er wird mit seinen beiden Vize-Präsidenten direkt gewählt.

Seit den Wahlen von 1978 wechseln sich die beiden großen Parteien des Landes, die sozialdemokratische PLN und die christlich-demokratische PUSC, in der Regierungsverantwortung ab. Ohne moderne Parteistrukturen bestimmten sie nach dem traditionellen personalistischen und klientelistischem Politikmodell die Geschicke des Landes auf allen Ebenen - zumeist unter gegenseitiger Beteiligung an öffentlichen Ämtern.

Mit dem Wahlgang des Jahres 2002 wurde der Führungsanspruch der beiden Alt-Parteien erstmals in Frage gestellt. Es kam aufgrund des Auftretens eines neuen politischen Akteurs (der Partei der Bürgeraktion – PAC) erstmalig in der politischen Geschichte des Landes zu einer Stichwahl. Erreicht ein Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang nicht die notwendigen 40 % der gültigen Stimmen, so entscheidet in einem zweiten Wahlgang zwischen den beiden führenden Kandidaten die absolute Mehrheit.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1994 bis 2002								
	1994		1998		2002			
	Stimmen	Anteil %	Stimmen	Anteil %	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
					Stimmen	Anteil %	Stimmen	Anteil %
PUSC	711.328	47,7	652.160	47,0	590.277	38,6	776.278	58,0
PLN	739.339	49,6	618.834	44,6	475.030	31,1	563.202	42,0
PAC	0	0,0	0	0,0	400.681	26,2		
PML	0	0,0	5.874	0,4	25.815	1,7		
Renovación Costarricense	0	0,0	19.313	1,4	16.404	1,1		
Fuerza Democrática	28.274	1,9	41.710	3,0	4.121	0,3		
PIN	0	0,0	19.934	1,4	6.235	0,4		
Acción Laborista Agrícola	0	0,0	0	0,0	0	0,0		
Agraria Nacional	0	0,0	0	0,0	0	0,0		
Unión Agrícola Cartaginés	0	0,0	0	0,0	0	0,0		
Andere Parteien	11.156	0,7	30.873	2,2	11.282	0,7		
Gültige Stimmen	1.490.097	100,0	1.388.698	100,0	1.529.845	100,0	1.339.480	100,0
Wahlberechtigte	1.881.348		2.045.980		2.279.851		2.279.851	
Wahlbeteiligung in %	79,2		67,9		67,1		58,8	
PUSC - Partido Unidad Social Cristiana PLN - Partido Liberación Nacional PML - Partido Movimiento Libertario PIN - Partido Integración Nacional <u>Quelle:</u> Oberstes Wahlgericht (TSE) und eigene Berechnungen								

Die 57 Abgeordneten des Ein-Kammer-Parlaments werden nach geschlossenen Provinzlisten (gegenwärtig 7) der Parteien gewählt. Ebenso die 501 Stadträte, diese allerdings nach Kantonlisten (gegenwärtig 81). Auch hier zeichnet sich die Verteilung der politischen Macht auf eine zunehmende Zahl von Parteien ab. Umfragen sehen gegenwärtig bis zu 9 Parteien mit Sitzen im zukünftigen Parlament vertreten. Auf kommunaler Ebene dürften bei der Zusammensetzung der Stadträte noch eine ganze Reihe weiterer – vor allem lokaler und regionaler - Parteien eine Rolle spielen, obwohl in der Wahltradi-

tion des Landes das Stimmensplitting zwischen Kandidaten verschiedener Parteien bei Präsidentschafts-, Parlaments- und Stadtratswahl noch nicht sehr ausgeprägt ist.

Ergebnisse der Parlamentswahlen 1994 bis 2002									
	1994			1998			2002		
	Stimmen	Anteil %	Sitze	Stimmen	Anteil %	Sitze	Stimmen	Anteil %	Sitze
PUSC	595.802	40,4	25	569.792	41,2	27	449.069	29,8	19
PLN	658.258	44,6	28	481.933	34,8	23	408.822	27,1	17
PAC	0	0,0	0	0	0,0	0	330.693	21,9	14
PML	0	0,0	0	42.640	3,1	1	140.727	9,3	6
Renovación Costarricense	0	0,0	0	27.892	2,0	1	53.952	3,6	1
Fuerza Democrática	78.454	5,3	2	79.826	5,8	3	29.782	2,0	0
PIN	0	0,0	0	38.408	2,8	1	25.998	1,7	0
Acción Laborista Agrícola	3.859	0,3	0	16.955	1,2	1	10.723	0,7	0
Agraria Nacional	13.589	0,9	1	0	0,0	0	2.595	0,2	0
Unión Agrícola Cartaginés	16.363	1,1	1	7.138	0,5	0	6.974	0,5	0
andere Parteien	109.295	7,4	0	118.943	8,6	0	48.837	3,2	0
Gültige Stimmen	1.475.620	100,0	57	1.383.527	100,0	57	1.508.172	100,0	57
Wahlberechtigte	1.881.348			2.045.980			2.279.851		
Wahlbeteiligung in %	78,4			67,6			66,2		
PUSC - Partido Unidad Social Cristiana PLN - Partido Liberación Nacional PML - Partido Movimiento Libertario PIN - Partido Integración Nacional <u>Quelle:</u> Oberstes Wahlgericht (TSE) und eigene Berechnungen									

Für die Planung, Durchführung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses ist das Oberste Wahlgericht zuständig, eine von den üblichen staatlichen Gewalten unabhängige Einrichtung mit Verfassungsrang.

Grundlage des repräsentativen politischen Systems Costa Ricas sind die Parteien, die als einzige den Zugang zu Wahlämtern haben. Gegenwärtig bewerben sich insgesamt 51 Parteien um die Präsidentschaft, einen Parlaments- oder einen Stadtratssitz.

Per Gesetz sind die Parteien verpflichtet, mindestens 40 % der Kandidatenplätze mit Frauen zu besetzen. Obwohl die Kandidatinnen für Parlament und Stadtrat meist auf die hinteren Plätzen gesetzt wurden, konnten z.B. im gegenwärtigen Parlament 21 weibliche Abgeordnete Platz nehmen und damit für eine im internationalen Schnitt beachtliche Frauenquote sorgen.

Problematik der Wahlkampffinanzierung

Die Parteien können auf eine staatliche Finanzierung des Wahlkampfes zurückgreifen. Der entsprechende Fonds umfasst 0,19 % des BIP, das 2 Jahre vor dem Wahljahr erwirtschaftet wurde. Im vorliegenden Fall sind dies rd. 30 Millionen US-Dollar. Die Verteilung erfolgt aufgrund der erzielten Stimmen (rd. 12 US-Dollar pro Stimme) und vorgelegter und anerkannter Ausgabenbelege ex-post, d.h. die Parteien müssen zunächst mit eigenen Mitteln oder Krediten in Vorlage treten. Dazu geben die Parteien üblicherweise vor den Wahlen Wechsel (sogenannte Boni) auf den zu erwartenden Staatszuschuss heraus, die entweder vom Publikum erworben oder aber auch von den Banken auch als Sicherheit für Kredite angenommen werden. Das setzt voraus, daß die Parteien auch ihr tatsächlich erzielt Wahlergebnis richtig einschätzen, um sich nicht mit Schulden zu belasten.

Im gegenwärtigen Wahlkampf halten sich das Publikum und die Banken angesichts der kalkulierten hohen Wahlenthaltung (Umfragen gehen von 30 bis 40 % aus) und der zu erwartenden Aufsplitterung der Stimmen auf die zunehmende Zahl der Parteien mit dem Erwerb von Boni zurück. Da auch die privaten Spenden spärlich fließen, ist der Wahlkampf gegenüber früheren Jahren in der Öffentlichkeit kaum sichtbar. Eine Ausnahme bildet dabei die PLN als virtueller Wahlsieger.

Die offiziellen Wahlkampfbudgets von PLN, PAC, PML und PUSC sehen wie folgt aus und zeigen die große Abhängigkeit der Parteien von den staatlichen Wahlkampfschüssen:

Finanzierung der in den Umfragen für die Parlamentswahlen führenden Parteien (in US-Dollar)			
	Gesamtbudget	Staatliche Finanzierung	Private Finanzierung
PLN	10.400.000	8.500.000	1.900.000
PAC	3.200.000	3.000.000	200.000
PML	1.200.000	800.000	400.000
PUSC	4.000.000	3.400.000	600.000
<u>Quelle:</u> Oberster Gerichtshof (TSE), Beilage PROA der Tageszeitung „La Nación“ vom 29. Januar 2006			

Sechs Parteien mit Erfolgsaussichten

Partido Liberación Nacional (PLN) – Partei der Nationalen Befreiung

Diese Partei wurde 1951 gegründet und ist eine der ältesten noch existierenden politischen Gruppierung des Landes. Ihr Ursprung geht auf die politischen und sozialen Konflikte des Landes in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts zurück, die in einen

kurzen, aber heftigen Bürgerkrieg mündeten, der wiederum durch die Revolution und Gründung der „Zweiten Republik“ von 1948 beendet wurde. Ein Großteil der Revolutionssieger gründete unter sozialdemokratischer Ideologie die PLN.

Seit ihrer Gründung stellte die PLN insgesamt sieben Präsidenten und ihr gegenwärtiger Präsidentschaftskandidat Oscar Arias war bereits 1986- 1990 Präsident. In diesem Zeitraum stand er zusammen mit anderen Präsidenten Zentralamerikas an der Spitze des Friedens- und Abrüstungsprozesses in der Region, wofür er 1987 den Friedensnobelpreis erhielt. Im gegenwärtigen Parlament stellt die PLN die zweitstärkste Fraktion.

Die zentralen programmatischen Aspekte im laufenden Wahlkampf sind die Integration Costa Ricas in die Globalisierung, verstärkte Investitionen in den öffentlichen Sektor (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit) und Schaffung von qualitativen und ausreichend entlohten Arbeitsplätzen sowie die weitere wirtschaftspolitische Öffnung durch Ausbau der Freihandelsverträge. Ziel ist eine nachhaltige Wachstumsrate von 6 %.

Entsprechend den jeweiligen Umfragen kommt Oscar Arias als Präsidentschaftskandidat auf 42 bis 48 % der gültigen Stimmen, wodurch eine Stichwahl nicht erforderlich sein wird. Die Partei selbst kann mit um die 30 % der Stimmen rechnen, wodurch sie zur stärksten Parlamentsfraktion wird, ohne allerdings die absolute Mehrheit zu erreichen.

Partido Acción Ciudadana (PAC) - Partei der Bürgeraktion

Die Partei entstand im Jahre 2000 als eine Abspaltung der PLN und wird von ihrem gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten Ottón Solís Fallas geführt. Die PAC trat kraftvoll in den politische Wahlprozeß von 2002 und konnte sich als dritte politische Kraft im Parlament plazieren und erstmalig in der politischen Geschichte eine Stichwahl für den Präsidenten erzwingen. Bis dahin waren die Wahlszenarien von den zwei nahezu gleichstarken politischen Akteuren PLN und PUSC bestimmt.

Die PAC kann als Vertreter der traditionellen sozialdemokratischen Ideologie bezeichnet werden.

Zentraler Aspekt ihres Wahlprogramms ist die Korruptions- und Armutsbekämpfung durch einen effizienten Staatsapparat, wobei das Thema der Ethik als hauptsächliches Instrument ihrer politischen Aktion dient. Die besondere Bedeutung dieses Themas für die PAC war auch Grund der Spaltung ihrer Parlamentsfraktion in der laufenden Legislaturperiode. Aufgrund von Diskrepanzen über ein pragmatisches Politikverständnis hatten sechs Abgeordnete die PAC verlassen und eine eigene Fraktion gegründet. Generell vertritt die PAC eine kritische Haltung gegenüber dem Abbau der staatlichen Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft sowie Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Öffnung.

Ottón Solís als Präsidentschaftskandidat der PAC kommt den Umfragen entsprechend auf etwa 22 bis 24 % der Stimmen, die Partei selbst wird aller Voraussicht nach zur zweitstärksten Fraktion im Parlament (hängt ab vom Wahlergebnis der christlich-demokratischen PUSC), ohne aber ihr Überraschungsergebnis aus den Wahlen im Jahre 2002 zu wiederholen, nach denen sie 14 Abgeordnete in das Parlament entsandte.

Partido Movimiento Libertario (PML) – Partei Liberale Bewegung

Die PML entstand Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts und wird von ihrem gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten Otto Guevara Guth geführt, der aus den Reihen der christlichen Demokratie kommt. Im aktuellen Parlament stellen sie die viertstärkste Fraktion.

Ihre liberale Ideologie stellt marktwirtschaftliche Prozesse in den Mittelpunkt, wobei der Abbau des staatlichen Einflusses auf die Marktprozesse und die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Sektor die zentralen Aspekte bilden.

Im Laufe des Jahres 2005 änderte die PML ihre bis dahin marktradikale Strategie (Abbau des Staates, Kampf gegen Steuererhöhungen, sofortige wirtschaftliche Öffnung) und versucht sich den Wählern als konsensbildende politische Kraft des Zentrums im Kampf um eine rationale Wirtschaftspolitik und Bürgernähe des Staates zu empfehlen. Dabei kann sie von Dissidenten der krisengeschüttelten PUSC profitieren

Otto Guevara als Präsidentschaftskandidat sehen die Umfragen mit 10 bis 12 % auf dem dritten Platz. Die Partei selbst wird eine der kleinen Fraktionen im Parlament bilden, sich aber als politische Kraft weiter konsolidieren.

Partido Unión para el Cambio (PUC) – Partei der Einheit für den Wechsel

Die PUC entstand 2005 als Abspaltung der sozialdemokratischen PLN und wird von ihrem gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten Antonio Alvarez Desanti geführt. Sie kann als Sammelbecken von Führungspersonlichkeiten der PLN bezeichnet werden, die mit den Wiederwahlenanstrengungen von Oscar Arias nicht einverstanden sind.

Die PUC spiegelt die moderne Sozialdemokratie wieder. Ihr Programm bildet eine Wahlplattform für Nachwuchspolitiker und konzentriert sich auf die Aspekte Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohnungsbau etc. Der wirtschaftspolitischen Öffnung steht sie positiv gegenüber, tritt aber bezüglich der Einwanderung für eine restriktive Politik ein.

In den Umfragen erhält der Präsidentschaftskandidat Antonio Alvarez Desanti lediglich zwischen 3 und 4 % der gültigen Stimmen, seine Partei wird über einen oder zwei Abgeordnete nicht hinauskommen.

Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) – Partei der Sozial – Christlichen Einheit

Die PUSC bildet sich als politische Partei formal im Jahre 1983. Ihre Ursprünge gehen auf die politischen Kräfte zurück, die in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts die großen sozialen Reformen des Landes umsetzten.

In der Folge der Revolution von 1948 gründeten politische Kräfte, die in Opposition zur PLN standen, verschiedene politische Parteien, die auch drei Mal die Präsidentschaft des Landes erringen konnten. 1978 kam es schließlich zu einer Koalition von vier dieser Parteien: Partido Unión Popular, Partido Renovación Democrática, Partido Republicano Calderonista und Partido Democracia Cristiana, die schließlich zu einem Wahlbündnis für die Wahlen 1982 führte. Seit ihrer formalen Parteigründung 1983 stellte die PUSC drei Mal den Präsidenten, darunter mit Abel Pacheco den gegenwärtigen.

Als Regierungspartei befindet sich die PUSC seit acht Jahren an der Regierung und hat die politischen Kosten der Korruptionsfälle um zwei ihrer Ex-Präsidenten und der un-

populären Regierung von Präsident Pacheco zu tragen. Die PUSC stellt im gegenwärtigen Parlament die stärkste Fraktion, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu besitzen.

Die PUSC basiert auf der Ideologie des christlichen Humanismus und stellt das Gleichgewicht von Markt und Staat in den Mittelpunkt. Sie spricht sich für wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen, wirtschaftliche Öffnung verbunden mit besonderen Anstrengungen in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und Bekämpfung der Armut aus.

Die große Unbekannte in den Umfragen ist die PUSC. Ricardo Toledo als ihr Präsidentschaftskandidat kommt darin lediglich auf 2 bis 3 %, während die Partei zwischen 6 und 17 % der Wählersympathien auf sich vereinigt. Politische Experten gehen davon aus, daß sich am Wahltag mehr Wähler für die PUSC entscheiden werden, als in den Umfragen zum Ausdruck kommt. Das gilt besonders für die Parlaments- und Stadtratswahlen, bei denen man damit rechnet, daß die Partei die dritt- oder sogar zweitgrößte Fraktion stellen kann.

Partido Unión Nacional (PUN) – Partei der Nationalen Einheit

Die PUN wurde in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts gegründet und konnte einmal in der Geschichte des Landes den Präsidenten stellen, als sich Dissidenten der sozialdemokratischen PLN der Partei bedienten. Über lange Jahre hinweg wahrte die PUN ihre Rechtspersönlichkeit, ohne jedoch an Wahlen teilzunehmen.

Im Jahre 2005 aktivierte der ehemalige Ombudsmann José Manuel Echandi Meza aus den Reihen der christlich-demokratischen PUSC zusammen mit weiteren Dissidenten die Partei und ist heute ihr Präsidentschafts- und Parlamentskandidat.

Die Partei definiert sich in der politischen Mitte mit programmatischen Schwerpunkten in einer aktiven Beschäftigungspolitik, einer aktiven Sozialpolitik im Gesundheitsbereich und der bürgerlichen Sicherheit sowie einer stärkeren Bürgerbeteiligung in staatlichen Institutionen.

In den Umfragen liegt der Präsidentschaftskandidat der PUN zwischen 3 und 4 %, und für die Parlamentswahlen wird mit ein oder zwei Abgeordneten gerechnet.

Die restlichen 8 Parteien liegen mit ihren Präsidentschaftskandidaten in den Umfragen zusammen unter 1 %, können aber aufgrund des Wahlsystems den einen oder anderen Abgeordneten über die Residualmandate für das Parlament durchbringen.

Ausblick

Nach den bisherigen Umfrageergebnissen ist für die Präsidentschaftswahlen alles andere als ein Sieg von Oscar Arias (PLN) im ersten Wahlgang oder in der Stichwahl als Überraschung zu werten. Ebenso dürfte sich die in der Zusammensetzung des gegenwärtigen Parlaments zum Ausdruck kommende politische Zersplitterung auf sechs und mehr Parteien – ohne eine absolute Mehrheit für die Regierungspartei - nach den Wahlen wiederholen. Es muss damit gerechnet werden, dass erneut – wie unter der jetzigen Regierung - der politische Stillstand wichtige strategische Reformen bedroht.

Aller Voraussicht nach wird dabei die christlich-demokratische PUSC als möglicher Allianzpartner einer Regierung Oscar Arias nur von beschränktem politischem Nutzen

sein, da sie aufgrund der Korruptionsfälle zweier ihrer Ex-Präsidenten Abnutzungerscheinungen, nach zwei aufeinanderfolgenden Regierungsperioden und wegen eines wenig zugkräftigen Präsidentschaftskandidaten den politischen Preis zahlen muss, der größte Wahlverlierer zu sein, und so an politischer Präsenz auf allen Ebenen einbüßen wird.

Die Zunahme politischer Parteien auf allen Ebenen belastet zunehmend die politische Kultur des Landes, die immer noch weitgehend von punktuellen „Vereinbarungen“ und „Pakten“ zwischen politischen Führungspersonlichkeiten und Parteien geprägt ist.

Damit bleiben die politischen Rahmenbedingungen weiterhin die Achillesferse der Entwicklung des Landes. Viel wird davon abhängen, inwieweit das politische Kapital der neuen Regierung und ihrer parlamentarischen Konstellation für eine Reformagenda reicht: Konsolidierung und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, Investitionen in die Infrastruktur, Stärkung der Standortfaktoren für Exporte und Auslandsdirektinvestitionen, Investitionen in das Gesundheits-, Bildungs- und Ausbildungswesen sowie in die bürgerliche Sicherheit, Stärkung des Dezentralisierungsprozesses.

Zu den prioritären Reformprojekten zählen vor allen Dingen im wirtschaftlichen Bereich die Ratifizierung und Umsetzung des Freihandelsvertrages mit den USA sowie die Reform der öffentlichen Finanzen. Beide Projekte sind grundlegend für die mittel- bis langfristige Entwicklung des Landes.

San José, Januar 2006

Reinhard Willig